

Resolution der LAKA Baden-Württemberg

Neues Zuwanderungsgesetz konterkariert Integrationsgipfel

Die Vollversammlung des Landesverbandes der kommunalen Migrantenvertretungen Baden-Württemberg (LAKA) kritisiert die Verschärfung des Zuwanderungsrechts durch die Bundesregierung scharf. Gerade im Vorfeld des Nationalen Integrationsgipfels konterkariert das neue Zuwanderungsgesetz geradezu die Bemühungen um Integration und Teilhabe der in Deutschland lebenden Migranten.

Ausdrücklich begrüßt wird von der LAKA der Ansatz des Integrationsgipfels, in dem im vergangenen Jahr erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Migrantenvertretern auf Augenhöhe begegnet und mit ihnen über die Zukunft der Integrationspolitik gesprochen wurde.

Dass aber dieser gerade begonnene Dialog nicht auch im Bereich der Innenpolitik und der ausländerrechtlichen Themen aufgegriffen wurde und hierbei Belange der Migrantenorganisationen berücksichtigt wurden, zeigt, dass die Bundeskanzlerin noch starke Anstrengungen vollbringen muss, damit ihr Wille zur Beteiligung der Zuwanderer an aufrichtiger Glaubhaftigkeit gewinnt.

Aus Sicht der LAKA sind gerade die folgenden Verschärfungen im Zuwanderungs- und Staatsbürgerschaftsrecht nicht zweckmäßig, sondern bieten eher ein Bild der Ausgrenzung von Migranten und der Begrenzung von Zuwanderung:

- Rücknahme des Rechtsanspruches auf Aufenthalt für ausländische Ehegatten von Deutschen unabhängig von einem finanziellen Nachweis des Lebensunterhalts
- Verknüpfung des Ehegattennachzugs an einen bereits vor der Einreise anzuführenden Nachweis von Deutschkenntnissen
- Sanktionierung statt Motivierung zur Teilnahme an den Integrationskursen
- Nachweis eines ausreichenden Einkommens bei der Einbürgerung von Jugendlichen zwischen 16 und 23 Jahren

Die LAKA fordert von der Bundesregierung sowie von der Landesregierung Baden-Württemberg, auf eine Rücknahme der negativen Änderungen im Zuwanderungsrecht hinzuwirken bzw. die nun vorgenommenen Verschärfungen in den Umsetzungsrichtlinien deutlich zu korrigieren, und den Dialog mit den Migrantenvertretungen auch im Bereich der Innenpolitik zu suchen.